

Das gezüchtete Monster

Politiker zeigen sich erstaunt angesichts linksextremer Gewalt in Leipzig / Sie hätten es besser wissen können

Michael Paulwitz

Das „aufgebauchte Problem“ hat wieder zugeschlagen: Tausend Linksextremisten greifen in Leipzig Polizeibeamte an, die das Demonstrationsrecht einer rechtsextremen Splittergruppe schützen, verletzen 69 Beamte zum Teil schwer, zerstören 50 Einsatzfahrzeuge und ziehen eine Spur der Verwüstung und des „offenen Straßenterrors“ durch die Innenstadt der Sachsen-Metropole. Sogar Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) gebraucht ausnahmsweise einmal einen solchen Begriff.

Das gespielte Entsetzen des Stadtoberhaupts ist freilich pure Heuchelei. Einem Oberbürgermeister kann es nicht verborgen geblieben sein, daß der Süden Leipzigs schon seit mehr als zwanzig Jahren eine Hochburg militanter Linksextremisten ist, deren regelmäßige Gewaltexzesse so berüchtigt sind wie die alljährlichen Mai-Krawalle in Berlin-Kreuzberg oder die Bürgerkriegsszenen im Hamburger Schanzenviertel. Als dieselben Straßenterrortruppen rabiat gegen unerwünschte, aber vollkommen friedlich demonstrierende „Legida“-Demonstranten ausschritten, schaute auch Burkhard Jung milde beiseite. Da standen sie ja auf seiner, der „helldutschen“ Seite. Daß die linksextreme Bürgerkriegsarmee auch aus nichtigsten Anlässen den Aufstand probt, daß ihr eigentliches Feindbild gar nicht mal irgendwelche bösen „Rechten“ sind, sondern die Polizei und das staatliche Gewaltmonopol, macht ihm nun auf einmal Angst.

Doch das Monster, das in Connewitz mal wieder von der Leine gelassen wurde, haben Politik und Medien selbst gezüchtet. Durch Verharmlosung – die zynische Parole von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) vom Linksextremismus als „aufgebauchtem Problem“, das nicht bekämpfungswürdig sei, dröhnt nach jeder dieser Straßenschlachten lauter in den Ohren –, durch Wegsehen, Einäugigkeit auf der einen Seite, durch gezieltes Aufblasen eines veritablen Popanzes allgegenwärtiger rechtsextremer Umtriebe aus der „Mitte der Gesellschaft“ und hinter jeder Ecke lauernder „rechter“ Gewalt und „rechten“ Terrors auf der anderen Seite.

Durch klammheimliches oder auch ganz offenes Sympathisieren weiterhin – zog nicht erst neulich beim AfD-Parteitag mit der Grünen-Politikerin Claudia Roth eine leibhaftige Bundestagsvizepräsidentin mit dem Schwarzen Block durch die Straßen, und probte nicht Heiko Maas (SPD), der sich Bundesjustizminister nennen darf, zu Jahresbeginn bei einer Anti-Pegida-Kundgebung den Schulterschuß mit organisierten Linksextremisten?

Kurzum, ein unverfrorenes Paktieren mit gewaltbereiten Linksextremisten ist zur Normalität geworden, um pauschal als „rechts“ einsortierte Andersdenkende in Schach zu halten, ein dreistes Pöppeln dieser Truppe fürs Grobe mit zum „Kampf gegen Rechts“

zweckentfremdeten Steuergeldern und damit das Erzeugen und Anheizen eben jener Atmosphäre eines latenten geistigen Bürgerkriegs, in der sich militante Linksextremisten als verhätschelte und mit Narrenfreiheit gesegnete Vollstrecker einer höheren, „antifaschistischen“ Moral legitimiert fühlen dürfen.

Die sich zuspitzende, den Rechtsstaat selbst rasant ad absurdum führende Asylkrise hat diese für den inneren Frieden des Landes zerstörerische Frontstellung noch verschärft. Aus Sicht der Befürworter und Profiteure der millionenfachen illegalen und unregulierten Einwanderung scheint nahezu jedes Mittel gerechtfertigt, um aufkeimenden Widerstand gegen den permanenten Rechtsbruch schon im Ansatz zu ersticken und zu denunzieren.

Während jeder verbale oder tätliche Übergriff auf Immigranten, jede noch so ungeklärte Attacke auf eine Asylunterkunft, und sei es nur eine Parolenschmiererei, akribisch als Fanal eines sich formierenden „rechten Terrors“ katalogisiert wird, bleiben die fortgesetzten linksextremen Angriffe und Brandanschläge auf Polizeistationen, Behörden, konservative Politiker und ihre Büros, Wohnungen, Firmen und Autos regelmäßig unterhalb des politisch-medialen Wahrnehmungsradars oder werden in dürren Fußnoten abgetan.

Allein die Connewitzer Polizeidienststelle wurde in weniger als zwei Jahren sechzehnmal von Linksextremisten angegriffen. Daß die Leipziger Antifa-Szene sich Anfang Dezember mit einer ellenlangen Liste Dutzender solcher Übergriffe im linksextremen Internetportal indymedia selbst als „Randalemeister 2015“ feierte, hat außerhalb einiger alternativer Medien niemand zur Kenntnis genommen. Oberbürgermeister Jung natürlich auch nicht. Der Gewaltsamstag vor dem dritten Advent war da übrigens schon angekündigt.

Nichts spricht dafür, daß die neueste Gewalt-orgie von Leipzig-Connewitz auch nur einen der Schreibtischtäter zur Besinnung gebracht hat. Wieder greifen dieselben Reflexe: Linkspolitiker und Tendenzjournalisten twittern und verlautbaren, die Polizei habe ja auch unverhältnismäßig agiert, die Rede vom Straßenterror sei übertrieben, Pegida sei viel schlimmer; nicht die Antifa sei das Problem, sondern Angriffe auf Asylbewerber; und Zeitungen, die partout nicht „Lügenpresse“ genannt werden wollen, deuten im Gleichklang mit manipulativen Schlagzeilen an, an den Ausschreitungen seien ja eigentlich die „Rechten“ schuld.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Jeder, der Straftaten begeht, Gewalt gegen Personen oder Sachen anwendet, Polizeibeamte und das staatliche Gewaltmonopol angreift, muß nach Recht und Gesetz bestraft werden. Für die Gesinnung dahinter darf es weder Zuschlag noch Rabatt geben. Wer dagegen rechte gegen linke Extremisten ausspielt, die einen dämonisiert und die anderen verhätschelt, um sie für seine Zwecke einzuspannen, der zerstört Staat, Recht und Gesetz von innen heraus. Die Zauberlehrlinge verlieren die Kontrolle über die Geister, die sie gerufen haben. Nicht nur in Leipzig stehen sie uneinsichtig vor den herabfallenden Trümmern.